

Erscheint  
Montag, Mittwoch,  
Freitag und Samstag.  
Preis vierteljährlich:  
in Neuenbürg M. 1.20.  
Durch Post bezogen:  
im Orts- und Tagespar-  
orts-Verkehr M. 1.15;  
im sonstigen inländ.  
Verkehr M. 1.25; hiezu  
je 20 Pf. Bestellgeld.  
Abonnements nehmen alle  
Postämter und Postboten  
jedenzeit entgegen.

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Anzeigenpreis:  
die 5 gespaltene Zeile  
oder deren Raum 12 Pf.  
bei Auskufferteilung  
durch die Exped. 12 Pf.  
Reklamen  
die 3 gesp. Zeile 25 Pf.  
Bei öfterer Insertion  
entsprech. Rabatt.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Telegraphen-Adresse:  
„Enztäler, Neuenbürg“.

Nr. 97.

Neuenbürg, Freitag den 18. Juni 1909.

67. Jahrgang.

## Kundschau.

Berlin, 16. Juni. Reichstag. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Am Bundesratsstisch sind erschienen: Reichskanzler Fürst v. Bülow, die Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg, Sydow, Dernburg und Kräfte, die Minister v. Rheinbaben, v. Einem und Delbrück, sowie Reichsbankpräsident Havenstein und Unterstaatssekretär v. Loebell. Das Haus ist sehr gut besucht; die Tribünen sind überfüllt. In der Hofloge wohnen Prinz und Prinzessin August Wilhelm den Verhandlungen bei. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Erbschaftsteuervorlagen. Reichskanzler Fürst Bülow geht — die Einzelheiten der Vorlage den Ressortministern überlassend — zunächst auf sein Verhältnis zu den großen Parteien ein und weist die Meinung zurück, daß das Zentrum bei der Finanzreform ausgeschaltet worden sei. Ich bin — so fährt der Reichskanzler fort — selbstverständlich jederzeit für die Heranziehung der Liberalen zur Lösung der Reichsfinanzreform eingetreten und hindere überhaupt keine Partei an der Mitarbeit. Auch durch persönliche Feindseligkeiten des Zentrums, die bis zur Verdächtigung meiner Kaisertröge gegangen sind, werde ich mich sachlich nicht beeinflussen lassen. Ich bin eben, wie Fürst Bismarck sagte, in die Dredlinie eingerückt. Der Reichskanzler wendet sich sodann zum Liberalismus, dessen Teilnahme an der Gesetzgebung im Interesse der ruhigen Entwicklung höchst wünschenswert sei, und gibt eine historische Betrachtung über die Teilnahme des Liberalismus an der Reichsgründung und der Reichsentwicklung. Die Märtyrer der deutschen Idee sind aus dem liberalen Lager hervorgegangen. Den liberalen Geist ausschalten, wäre historisch ein Unrecht und politisch ein Fehler, aber die Schwäche des Liberalismus, der doktrinaire Zug, hat sich bei der Reichsfinanzreform schwer geltend gemacht. Nun zur Haltung der Konservativen. Der Bruch mit dem Zentrum ist eingetreten wegen seiner Herrschaftsgelüste (hört, hört!), auch den Konservativen kann ich mich nicht unterordnen. Kein Minister schätzt die Bedeutung der Konservativen höher als ich. (Sehr richtig.) Das habe ich vom ersten Tage meiner Kanzlerschaft bewiesen. Die Beilegung der verfahrenen Kanalvorlage, die Spannung zwischen der Krone und den Konservativen ist beseitigt. Von der ersten Stunde bin ich für die Wünsche, Interessen und Rechte der Landwirtschaft eingetreten. Aber ich werde mich von der Linie, welche die Staatsraison vorschreibt, auch nicht von den Konservativen verdrängen lassen. (Hört, hört!) Der Redner gibt sodann eine längere Würdigung der historischen Verdienste der Partei und fährt fort: Ihr „Unannehmbar“ könnte jetzt vielleicht die Erbschaftsteuer zu Fall bringen, aber nicht für künftig beseitigen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Ihre Haltung in dieser Frage wird auf die Nation einen tiefen Eindruck machen. (Hört, hört!) Die Ablehnung könnte einen gefährlichen Widerstand gegen die Konservativen erzeugen und den Radikalismus stärken. Nach Ausführungen über die politische Berechtigung des Gedankens der Blockpolitik erklärte der Kanzler sodann zusammenfassend: Ich betrachte es in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen als ein nobile officium als gerecht und sozialpolitisch notwendig, daß ein beträchtlicher Teil der neuen Steuern von den Besitzenden getragen wird. Ich halte an der Erbschaftsteuer fest. (Bravo! links). Ich lehne es ab, im Bundesrat die Steuern zu vertreten, die Handel und Verkehr schwer schädigen, die Industrie unerträglich belasten und unsere gesamte wirtschaftliche Stellung schwächen würden. Die Finanzreform kann nach wohlbegründeter Ansicht aller verbündeten Regierungen, die in voller Einmütigkeit zusammen-

stehen, nur zu Stande kommen, wenn die Reichstagsbeschlüsse, sachlich vertretbar und nach fachverständiger Schätzung den unbedingt notwendigen Betrag in voller Höhe erbringen. Ich halte noch an der Hoffnung fest, daß Gemeininn, nationales und soziales Empfinden über Kleinlichkeiten und Parteigezänk siegen. (Hört, hört!) In dieser Hoffnung werde ich bestärkt durch die Stimmung des Landes, das, der Größe der nationalen Aufgabe würdig, früher oder später mit denen, die das nationale Werk schädigen oder gefährden wollen, streng ins Gericht gehen wird. (Zustimmung auf verschiedenen Seiten). Schließlich ein persönliches Wort über die Frage meines Gehens oder Bleibens. Ich bleibe, so lange der Kaiser glaubt, daß meine Mitarbeit in der auswärtigen und inneren Politik dem Reiche nützlich ist, so lange ich selbst glaube, nach meiner politischen Ueberzeugung und Beurteilung der Lage nützlich wirken zu können. (Hört, hört!) Der großen Sache der Finanzreform stelle ich selbstverständlich meine Person unter. Wenn ich die Ueberzeugung gewinne, daß meine Person der Sache entgegensteht, daß ein anderer leichter zum Ziel gelangen würde, oder wenn eine Entwicklung eintritt, die ich nicht mitmachen kann oder will, so wird es mir auch möglich sein, den Kaiser von der Opportunität meines Rücktritts zu überzeugen, und dann wird mein Wunsch, daß meinem Nachfolger voller Erfolg beschieden sein möge, ebenso ehrlich sein, als mein Bemühen im Dienste des Landes es war. (Beifall und Zustimmung auf verschiedenen Seiten.) Sodann sprach Staatssekretär Sydow (unter andauernder Unruhe des Hauses): Die Ergebnisse der Kommissionsberatung über die Konsumsteuern werden keine wesentliche Aenderung erfahren. Die Verbrauchssteuern versprechen einen Ertrag von 360 Millionen. Hinsichtlich der Kommissionsbeschlüsse bezüglich der Besitzsteuern gilt der Satz: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Die vorgeschlagene Rotierungssteuer würde den Handel schwer schädigen. Das deutsche Kapital würde ins Ausland abwandern. Ebenso unannehmbar wäre die besondere Besteuerung der zum Termingeschäft zugelassenen Papiere. Auch würde der finanzielle Erfolg nicht den Erwartungen entsprechen. Auch bei den jetzigen Vorlagen der Branntweinsteuer und der Erbschaftsteuer ist in direkter Weise auf die Landwirtschaft Rücksicht genommen. Andererseits darf Handel und Gewerbe keinen dauernden Schaden erleiden. Die Mühlenumsatzsteuer wird nach Ansicht der verbündeten Regierungen ihren Zweck nicht erreichen, die kleinen Mühlen vor dem Erdrücktwerden durch die großen zu schützen. Den Kohlenausfuhrzoll lehnen die verbündeten Regierungen gleichfalls ab, da er eine Industrie treffen würde, der die neue Reichsversicherungsbordnung große Lasten auferlegen wird. Die Frage einer Wertzuwachssteuer für Grundstücke halten die verbündeten Regierungen noch nicht für spruchreif. Auch handelt es sich um eine schwankende Einnahme, die höchstens auf 20 Millionen zu beziffern wäre. Nach dem Ausscheiden der Rotierungssteuer, des Kohlenausfuhrzolls und der Mühlenumsatzsteuer würde eine Lücke von 140 Millionen entstehen. Keine Steuerart treffe aber alle Arten des Besitzes so sicher wie die Erbschaftsteuer. Eine sichere Feststellung der der Steuer unterliegenden Nachlassenschaften wird ermöglicht werden, um dem Vorwurf vorzubeugen, daß das immobile Kapital leichter zu fassen sei, als das mobile. Die Besteuerung der Feuerversicherungspolice bedeutet keine besonders erhebliche Belastung. Wassermann (nat.): Der Reichskanzler hat uns heute ein klares Programm hinsichtlich der Finanzreform gegeben. Für dieses klare Programm sind wir und das Land ihm dankbar. (Bravo!) Von den heute vorgeschlagenen Erbschaftsteuern werden meine Freunde die Erbschaftsteuer ohne weiteres annehmen, ebenso die beson-

deren Bestimmungen für den Grundbesitz. Handel und Industrie sind mit diesen Vorschlägen einverstanden, obwohl gerade sie am meisten betroffen sind. Die Nationalliberalen stimmen geschlossen für die Erbschaftsteuer mit ihrer Ausdehnung auf Kinder und unbeerbte Ehegatten. Die Rotierungssteuer ist für uns unannehmbar. Sie würde vielfach auf die kleinen Kapitalisten abgewälzt werden und durch die Belastung der Hypothekendarlehen zur Verteuerung des Geldes führen, sowie viele Unternehmungen ins Ausland drängen. Wenn andererseits ausländische Werte in Deutschland besteuert werden, so wird das unsere politischen Beziehungen zum Ausland schädigen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Gesetze sind nicht so gemacht, wie wir es im allgemeinen in Deutschland gewohnt sind. Wir stehen heute noch nicht vor der letzten Finanzreform. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb müssen wir Wirtschafts- und Verkehrsleben entwickeln und nicht hemmen. Unsere Industrie ist in eine Kampfstellung gedrängt und hat sich zum Hansabund zusammengeschaufen. In den Vorschlägen der Kommission finden wir viel Mittelstandsfeindlichkeit. (Sachen beim Zentrum.) Wir stimmen der Finanzreform nur zu, wenn zu der Belastung des Konsums eine allgemeine Besitzsteuer kommt. Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Berlin, 16. Juni. Nicht mehr und nicht weniger als abermals ein Fragezeichen kann und muß man hinter die heutige Bülow-Rede setzen. Das ist und bleibt nun einmal in den letzten Zeiläufen die Signatur sogenannter großer Tage. In Abgeordnetenkreisen blieb denn auch die Stimmung eine geteilte. Etwas überraschend wirkte die fast unumschränkte Zustimmung der Nationalliberalen und Freisinnigen. Ganz offen sprachen die Abgeordneten der beiden bürgerlichen Parteien in privaten Gesprächen ihre Zufriedenheit und Zustimmung über die Haltung Bülows aus. Verschnupft war das Zentrum über die schlechte Jenur, die ihm der Kanzler im Betragen ausstellte. Die persönlichen gebäffigen Angriffe Erzbergers und anderer Zentrumsgrößen auf den Kanzler erhöhten allerdings den Auf der Partei nicht. Aus den konservativen Abgeordneten konnte man selbst auf noch so heftige Interpellationen kein Wort herausbringen; sie blieben von Anfang bis zu Ende stumm. Der Eindruck der Rede Bülows bei den Parteien schwankt so hin und her. Die Liberalen halten sich an den ziemlich kurzen Hinweis des Kanzlers über die Stellung der verbündeten Regierungen gegenüber der Erbschaftsteuer. Auflösung des Reichstags oder Rücktritt des Kanzlers, das scheint jetzt die Frage! Aber die Konservativen und das Zentrum weisen den Gedanken an eine Auflösung des Reichstages lächelnd ab. Auch Optimisten gab es unter den Abgeordneten, besonders unter der Reichspartei, die noch auf eine Versöhnung in letzter Stunde rechnet. Aber das sind nur wenige! Im Grunde kennt niemand die Deutung der heutigen Stunde. Die Liberalen werden und können abwarten. Ihr fester Zusammenhalt gibt ihnen heute Rückgrat, und in der hin und her schwankenden Konstellation erscheinen sie als der ruhende Pol. In diesem Bewußtsein durfte am Schlusse der heutigen Sitzung der Abg. Wassermann noch einmal zuverlässigere Töne anschlagen. Wie jetzt auch die Entscheidung ausfallen wird, die Liberalen werden durch sie nicht umgeworfen werden.

Berlin, 17. Juni. Das „Berliner Tagblatt“ behauptet, ihm sei versichert worden, die Aussichten für das Zustandekommen der Erbschaftsteuer hätten sich in den letzten Tagen wesentlich verbessert. Die Reichspartei habe sich ebenso wie die Nationalliberalen entschieden, geschlossen für die Steuer zu stimmen. Ebenso hat die wirtschaftliche Vereinigung in ihrer Fraktionsitzung am Dienstag abend beschlossen, für die Erbschaftsteuer in der neuen



Regierungsfassung einzutreten, unter der Voraussetzung freilich, daß ihre bereits in der Kommission eingebrachten Abänderungsanträge zur Annahme gelangen. Aber auch in den konservativen Reihen sei die Einmütigkeit nicht mehr über alle Zweifel erhaben. In den Wandelgängen des Reichstags sei viel darüber gesprochen worden, daß, während sonst das Haus vollzählig besetzt war, die konservativen Bänke gestern zahlreiche Lücken zeigten. Man glaubt, daß solche Lücken auch am Tag der entscheidenden Abstimmung vorhanden sein werden.

Berlin, 17. Juni. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertragsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Venezuela zugestimmt.

Paris, 16. Juni. In hiesigen Regierungskreisen verlautet, daß die Begegnung des Zaren mit den Staatsoberhäuptern der Westmächte vor allem der Lösung der kretischen Frage gelte. Zar Nikolaus selbst wünsche dringend, daß Kreta bald an Griechenland angegliedert werde. Sein für Oktober geplanter Besuch in Konstantinopel und Athen wird mit derselben Angelegenheit in Verbindung gebracht.

„Daily Graphic“ schreibt am Donnerstag, die Zusammenkunft in den finnischen Schären beweise, daß trotz der Balkanreise sich in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nichts geändert habe und daß infolge dessen sich auch schwerlich etwas in der allgemein europäischen Lage ändern werde.

London, 16. Juni. Die Radikalen wollen am Sonntag in Hyde Park die angekündigte Massenfundgebung gegen den Besuch des russischen Zaren veranstalten.

London, 16. Juni. Lord Lansdale fragte an, ob im Plane bezüglich der Räumung Kretas von den internationalen Truppen irgend eine Aenderung eingetreten sei. Mc. Kinnon Bobb erwiderte, die Antwort lautet: Nein! In der weiteren Verhandlung wurden von mehreren Abgeordneten auf die Ausführung des deutschen Flottenprogramms bezügliche Fragen gestellt und zugleich gefragt, ob die Regierung offizielle oder nichtoffizielle Nachrichten hierüber habe. Mc. Kenna erwiderte, es lägen keinerlei offizielle Nachrichten vor. Daraus wandte sich Woodwood mit der Frage an Mc. Kenna, ob Maßnahmen getroffen seien zur Ausrüstung der Kriegsschiffe mit Geschützen, die gegen Luftschiffe zu feuern im Stande wären. Mc. Kenna erwiderte, man habe bereits Pläne für Steilfeuergeschütze entworfen und beabsichtige, diese den Schiffen zuzuteilen.

Der Bester „Lloyd“ hat dem Prinzen Heinrich von Preußen einen Begrüßungsartikel gewidmet, in dem es heißt: Es ist ein Vorrecht und Vorzug der Prinzen vom Hause der Hohenzollern, daß sie stets an der Tete marchieren, wo es ein Interesse zu wahren gilt, das dem deutschen Volke wirtschaftlich oder politisch frommt. Dem Bruder des Deutschen Kaisers, der auch über den Ozean gezogen ist, um in der Neuen Welt Sympathien für das Deutsche Reich zu wecken, sei auch aus diesem durchaus unpolitischen Anlaß die Versicherung ausgesprochen, daß er hier in allen Schichten der Gesellschaft, bei den oberen Zehntausend wie in den breiten Massen des ungarischen Volkes, der herzlichsten Aufnahme sicher sein kann.

Die Vertreter der englischen Kirchen, die am Dienstagabend in Eisenach eingetroffen waren, haben gestern vormittag die Wartburg besucht. Um 3 Uhr nachmittags erfolgte die Weiterreise nach Vielesfeld.

Die englischen Geistlichen trafen am Mittwochabend mittelst Sonderzugs in Vielesfeld ein. Donnerstag früh fand eine Besichtigung der Sparenburg und eine offizielle Begrüßung durch den Magistrat statt. Hieran schloß sich ein Besuch der Bodelschwinghschen Anstalt.

Berlin, 16. Juni. Die „Nationalztg.“ schreibt: Es scheint richtig, daß Rußland seine Truppen bis zum 8. Juli aus Kreta zurückziehen wird. England hat dagegen noch keinen bestimmten Beschluß gefaßt. Deutschland wird künftig mit mehr Zurückhaltung in dieser Sache zu Werke gehen müssen, da die Schutzmächte sich einer großen Zurückhaltung befleißigen und die Angelegenheit streng vertraulich behandeln.

Aus Kanada wird telegraphiert, daß sich die dortige Regierung nunmehr entschlossen habe, eine eigene Flotte zu bauen, die eventuell die britische unterstützen soll. Es sollen acht erste Kreuzer, zehn Zerstörer und zehn Torpedoboote gebaut werden. Die Kontrakte für den Bau dieser Flotte sollen alle an britische Firmen vergeben werden. Die Torpedoboote sind bereits in Auftrag gegeben. Dazu erfährt

der „Observer“, daß die Kosten für diese Flotte sich auf 25 Millionen Dollars belaufen werden. Die Kreuzer sollen nicht nach dem Javincible-Typ gebaut, sondern nur geschützt werden, vorläufig sei es die Absicht der kanadischen Regierung, die Flotte für den Schutz der kanadischen Küste und nicht zu dem ausgesprochenen Zwecke zu schaffen, die britische Flotte zu verstärken, deshalb würden die Kreuzer auch nicht den Typ der britischen Schlachtschiff-Kreuzer haben.

### Württemberg.

Stuttgart, 16. Juni. Die Zweite Kammer betrat heute eine Eingabe der Filbergemeinden um Uebernahme der Filderbahn durch den Staat und um ihre Weiterführung nach Blochingen und Eßlingen. Liesching (B.) verlas den sehr umfangreichen, bereits gedruckt vorliegenden Kommissionsbericht und empfahl Uebergabe der Eingabe zur Erwägung. Baumann (D.P.) kritisierte namentlich die Tarifpolitik der Filderbahngesellschaft. Die Wünsche der Filbergemeinden sollen baldigt berücksichtigt werden. Minister v. Weizsäcker betonte, die Regierung werde der Frage ihr Augenmerk zuwenden, der gegenwärtige Augenblick sei aber der ungeeignete zur Einleitung von Vertragsverhandlungen betreffend Uebernahme der Bahn. Die Abgg. Schlegel (Soz.), Rembold-Malen (Z.), Dr. Mülberger (D.P.), Fischer (Soz.), Dr. Nübling (B.A.) u. a. befürworteten Berücksichtigung der Bitte um Verstaatlichung. Für Erwägung sprachen nur Kehler (Z.) und Liesching. Das Haus beschloß bezüglich der Verstaatlichung Berücksichtigung, im übrigen Erwägung. Morgen Eisenbahnetat.

Stuttgart, 17. Juni. Die Zweite Kammer begann heute die Beratung des Eisenbahnetats. Zunächst erörterte Dr. v. Kiene ein zweistündiges Referat. Im Mittelpunkt seiner Erörterungen standen die schlechten Erträge unserer Eisenbahnen und die Erwägungen über eine Erhöhung der Tarife, jedoch nur der Personentarife. Er sprach sich für eine mäßige Erhöhung des Tarifs der 4. Klasse (2,3 Pfg.) aus. Diese Erhöhung würde 1 1/2 Mill. Mehreinnahmen zur Folge haben. Hoffentlich gelinge es Regierung und Ständen in gemeinsamer Verständigung, eine befriedigende Lösung dieser schwierigen Frage zu finden unter Berücksichtigung der doppelten Aufgabe unserer Eisenbahn, nämlich die erste Dienerin des Verkehrs und zugleich eine wirtschaftliche Erwerbsanstalt des Staates zu sein und zu bleiben. Abg. v. Balz (D. P.) gab namens der Führer sämtlicher Parteien eine Erklärung ab, wonach die Frage der Personentarifänderung erst erörtert werden soll, wenn sich das Haus über die Frage des Staatsdefizites schlüssig zu machen haben wird. Minister v. Weizsäcker betonte, daß, wenn man die Einnahmen verbessern werde und die 4. Klasse als zu billig erkenne, die Entschließung darüber unabhängig von der Fahrkartensteuer erfolgen könne. Sobald die Frage zur Erörterung stehe, werde er in der Richtung einer Erhöhung des Tarifs auf 2,3 Pfg. seine Stellung einnehmen. — Die weitere Erörterung galt der Güterwagengemeinschaft und einigen Organisationsfragen. — Morgen Fortsetzung. Schluß 1 Uhr.

Stuttgart, 17. Juni. Die Finanzkommission der Zweiten Kammer beendete gestern die Beratung des Eisenbahnetats. Es entspannen sich noch längere Debatten über die Akkordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten, deren Abschaffung von einer Seite gewünscht wurde. Seitens der Regierungsvertreter und verschiedener Kommissionsmitglieder wurde jedoch darauf hingewiesen, daß der Uebergang von der Akkordarbeit zum Taglohn sehr bedeutende Mehrausgaben erfordern würde. Die im Eisenbahnkreditgesetz erigierten 7 350 000 M. für Vermehrung des Fahrmaterials wurde genehmigt. Es wurde dabei eine Reihe von Spezialfragen besprochen, u. a. die Beschaffung größerer Güterwagen, Kippwagen für den Kohlentransport und Erstellung von besonderen erhöhten Gleisen für die Kohlenentladung.

Friedrichshafen, 17. Juni. Zu dem Konflikt zwischen Direktor Colmann von der Luftschiffbau-Gesellschaft und dem Kommandeur des Luftschiffbataillons, Major Groß, teilt Direktor Colmann dem Stuttgarter Neuen Tagblatt folgendes mit: Es wurde mir berichtet, daß Dr. Major Groß in dem von mir am 20. Mai in Sachen der Roburger Halle veröffentlichten Protest in den Worten „in eigennütziger Weise“ eine persönliche Beleidigung erblickt. Aus dem Sinne des Protestes geht nach meiner Ansicht hervor, daß nicht persönlicher Eigennutz, sondern nur der des militärischen Sachverständigen in dienstlicher Beziehung gemeint sein kann. Ich habe nicht gezögert, Drn. Major Groß mein Be-

dauern darüber auszusprechen, daß der nicht glücklich gewählte Ausdruck den Gedanken an eine beabsichtigte persönliche Kränkung aufkommen lassen konnte, die mir selbstverständlich gänzlich fern lag.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

### Neugestaltung der Stuttgarter Wasser-Verorgung.

Neuenbürg, den 15. Juni 1909.

Nachdem die von der Stadt Stuttgart angekündigte Denkschrift über die Stuttgarter Wasserversorgung endlich erschienen ist, ist diese für den Bezirk Neuenbürg folgenschwere Frage auch bei uns wieder in den Vordergrund gerückt. Die besonders eingehende Behandlung und Würdigung, die das Schwarzwald- oder besser Engstalprojekt in der Denkschrift erfahren hat, läßt ohne weiteres erkennen, daß die Techniker des städtischen Bauamts trotz aller sich auftürmenden Schwierigkeiten an diesem von Anfang an in den Vordergrund gestellten Projekt festhalten und daß die Stadt Stuttgart die Ausführung des Projekts ins Auge gefaßt hat. Alle diejenigen, die die bisherige Behandlung der Frage genauer beobachtet hatten, werden wohl kaum eine andere Stellungnahme erwartet haben und darum auch kaum enttäuscht sein. Anerkannt muß werden die Sachlichkeit, mit der die schwierigen Fragen nach allen Seiten beleuchtet werden, aber in ihrer Abneigung gegen das Projekt sind die Bewohner des Engstals durch die Denkschrift nicht wandelnd gemacht worden. Die Bedenken gegen das Projekt sind nicht entkräftet und werden auch dadurch nicht gemildert, daß die städtischen Techniker das Engstalprojekt mit aller Hartnäckigkeit verteidigen. An ein Nachlassen des Widerstandes gegen das Engstalprojekt seitens der in ihren Interessen bedrohten Engstaler ist nicht zu denken und es wird sehr bezweifelt, ob die Stadt Stuttgart die ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden vermag.

Beim Studium der Denkschrift erheben sich Bedenken in den wichtigsten Fragen, namentlich die Nachweise über den Wasserbedarf Groß-Stuttgarts, die Angaben über den Durchschnittsverbrauch, die zeitliche Beschränkung der Anlage ohne jedes Programm für eine spätere Erweiterung der Anlage usw. Es seien deshalb einige Bemerkungen dazu gestattet.

In Bezug auf den Wasserbedarf geht die Denkschrift davon aus, daß die bisherigen Wasserwerke von Alt-Stuttgart, Cannstatt, Untertürkheim und Wangen auch künftig voll ausgenützt werden und daß die neue Wasserversorgungsanlage nur als Ergänzung der alten Werke gedacht ist, die nach und nach den steigenden Wasserbedarf zu decken habe. An anderer Stelle ist jedoch ausgeführt, daß die Neuanlage für die abschließliche Wasserversorgung der „Wohnhäuser“ bestimmt sei! Daraus geht doch klipp und klar hervor, daß nicht der Neuanlage, sondern umgekehrt den alten Werken künftig eine ergänzende Bestimmung zukommt und daß die Neuanlage gleich von Anfang an eine viel härtere Belastung erfahren wird, als die Denkschrift zugibt. Nicht weniger zweifelhaft ist die Annahme, ein Teil der Bewohner von Stuttgart und namentlich diejenigen von Cannstatt, Untertürkheim und Wangen werde auch künftig durch die alten Werke mit Wasser versorgt werden. Die Absicht mag vorerst bestehen, aber ob sie festgehalten werden kann und ob jener Teil der Einwohnerschaft sich auf die Dauer eine differenzielle Behandlung gegenüber ihren Mitbürgern gefallen läßt? Wir glauben: nein, niemals! Es wäre auch geradezu absurd, wollte eine Stadt eine neue Wasserversorgungsanlage mit einem Aufwand von vielen Millionen erbauen und dann einen großen Teil der mitzahlenden Einwohnerschaft zumuten, sich auch fernherhin mit einem Wasser zu begnügen, das durch eine vielfache Diskretionierung in den letzten Jahren geradezu veredelt worden ist. Es wird deshalb mit Recht angenommen werden können, daß wenn erst die Neuanlage fertiggestellt sein wird, jede differenzielle Behandlung der Einwohnerschaft beseitigt werden wird. Aus diesen Erwägungen heraus findet die Darstellung, als ob die Neuanlage nur als eine Ergänzung der alten Werke anzusehen sei und nur den steigenden Wasserbedarf zu decken habe, schlechterdings gar keinen Glauben.

Auch der von der Denkschrift angenommene Durchschnittsverbrauch an Wasser von 120 Liter pro Kopf und Tag findet eine sehr skeptische Beurteilung. Dieser Bedarf entspricht den Bedürfnissen einfacher Landorte, nicht aber den Bedürfnissen einer anspruchsvolleren und verwöhnteren Bevölkerung einer Großstadt. Der bisherige geringe Durch-

Schnittverbrauch kann für die künftige Gestaltung nicht ohne weiteres als Maßstab gelten und es ist derselbe als ein mehr oder weniger erzwungener zu bezeichnen. Der bisher zeitweise aufgetretene Wassermangel bedingte nämlich eine sparsame Wasserwirtschaft und die fortwährenden Klagen der letzten Jahre über die schlechte Beschaffenheit des Wassers drückten den Wasserbrauch herunter. Fallen diese Hindernisse, dann wird man in Stuttgart dieselbe Erfahrung machen wie anderwärts, daß das Vorhandensein eines guten Quellwassers den Verbrauch in ungeahnter Weise steigert. Alle diese Umstände geben den weiteren Bedenken Raum, daß die Neuanlage nicht ohne Absicht etwas „zurückhaltend“ projektiert worden ist.

Trotzdem ist die neue Wasserversorgung nur zu reichend für ein Anwachsen des Wasserverbrauchs in seitheriger Weise während 20 Jahre, eine mehrjährige Bauzeit mit eingerechnet. Ueber die Erweiterungsfrage der neuen Anlage schweigt sich die Denkschrift aus und begründet diesen Standpunkt mit der Unwirtschaftlichkeit und der Unrentabilität einer über die Bedürfnisse eines gewissen Zeitraums hinausgehenden Anlage. In dieser Frage steckt das Messer für die Enztäler! Die Denkschrift stellt die Sache ja sehr plausibel dar. Die neue Wasserversorgung soll nur eine Ergänzung der alten Werke sein; sie soll zwar nur für einen Zeitraum von 20 Jahren ausreichen, aber die Frage der Erweiterungs-fähigkeit scheidet man aus und deutet die Möglichkeit der Führung einer zweiten anderweitigen Fernleitung an; schließlich sollen etwaige Schädigungen der Gemeinden und Wasserwerksbesitzer durch eine Stauanlage mehr als ausgeglichen werden. — „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Die Enztäler wittern Hinterhältigkeiten und glauben, daß Stuttgart eben in aller Bescheidenheit sich erst in das Enztal hereinarbeiten will und ist erst dieses Ziel erreicht, dann werde Stuttgart in der rücksichtslosesten Weise seinen Wünschen und Bedürfnissen Geltung verschaffen, gleichviel ob dabei ein gewerblich blühendes Tal seinem Ruin entgegengeführt wird. Niemand wird es einsafeln zu glauben, daß Stuttgart, wenn es sich mit einem Aufwand von 13 Millionen im Enztal festgesetzt haben wird, nach 20 Jahren an eine weitere Leitung in fremdes Gebiet, oder daß es gar noch an die Ausführung des Illertal- oder Bodenseeprojektes denkt! Niemand ist daran zu denken, vielmehr als sicher anzunehmen, daß Stuttgart mit dem Gewicht des Stärkeren seine Anlage im Enztal erweitert, das Enzgebiet immer mehr entwässert und daselbst schließlich anspreßt wie eine Zitrone. Hier muß unter allen Umständen größere Offenheit und Klarheit verlangt werden nicht bloß seitens der Enztäler, sondern auch die Steuerzahler Stuttgarts haben ein Interesse daran, daß bei einem Millionenprojekt die Gestaltung der Dinge klar erkennbar ist.

Wenn schließlich die Denkschrift auch noch die finanzielle Leistungsfähigkeit gegen das Illertal- und Bodenseeprojekt und für das Enztalprojekt in Frage zieht, so kann man sich des Gefühls einer Uebertreibung nicht erwehren. Es fehlen uns zwar die Anhaltspunkte für die Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit Stuttgarts, allein schon Vergleiche in Bezug auf die Bevölkerungszahl geben der Frage eine eigenständige Beleuchtung. Stuttgart hatte im Jahre 1905 eine Bevölkerungsziffer von 249 286. Es würden also bei den als zu teuer zurückgestellten Projekten aus dem Illertal 94 M. und aus dem Bodensee 160 M. pro Kopf der Bevölkerung entfallen. Demgegenüber lassen sich aus dem Bezirk Neuenbürg eine Reihe von Beispielen anföhren, wo arme ländliche Gemeinden in den letzten Jahren bis zu 140 M. pro Kopf der Bevölkerung für Wasserversorgungen aufwendeten. Dabei ist ihre Bevölkerung im Verhältnis auch nicht entfernt so steuerkräftig, wie diejenige Stuttgarts.

Nicht ansehbar sind auch die rechtlichen Ausführungen der Denkschrift über die Ableitung der Quellen. Die Verleihung eines Wassernutzungsrechts im Sinne des Art. 31 des Wassergesetzes soll nicht in Frage kommen, weil die Quellen, um die es sich handle, entweder keine öffentliche seien, oder aber keine Nutzung solcher Quellen nach ihrem Hervorbrechen geplant sei, sondern nur die Inanspruchnahme von unterirdischen Wasseradern vor ihrem Zutagetreten. Mit einem Wort, die Quellen sollen unterirdisch abgefangen bzw. abgegraben und die Rechtslage dadurch künstlich verschoben werden! Dieser Standpunkt ist kaum haltbar, jedenfalls nicht bezüglich der größten der Quellen, der sogenannten Lappach-Quelle, bei der nicht nur der Charakter einer öffentlichen Quelle gegeben ist, sondern auch die Vermutung viel Wahrscheinlichkeit für sich hat,

daß das Wasser aus der Großenz stammt und man es mit einer Engwasserversicherung zu tun hat.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die Bedenken und Befürchtungen der Enztalbewohner gegen die geplante Wasserversorgungsanlage durch die Denkschrift in keiner Weise gemildert oder beseitigt wurden und bestehen bleiben. Von einer Beruhigung ist keine Rede. Die wirtschaftlichen Schädigungen, die von der beabsichtigten Wasser-ableitung zu befürchten sind, wurden schon bisher eingehend erörtert, so daß sich für heute ein Eingehen auf dieselben erübrigt. Nur das eine muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß es keineswegs bloß die Werksbesitzer sind, die eine Schädigung befürchten und in der beabsichtigten Stauanlage keinen ausreichenden Ersatz erblicken; es ist auch nicht bloß die zahlreiche Arbeiterschaft mit ihren Familien, die jede Beeinträchtigung der Wassertriebwerke in erster Linie zu spüren bekommen würden; es ist die gesamte werklätige Bevölkerung, die an der Prosperität der Wassertriebwerke direkt oder indirekt interessiert ist und gegen die Wasserableitung protestiert. Es sind nicht zum wenigsten die Gemeinden, die unter den Rückwirkungen der Unmöglichkeit einer Ausdehnung der Wassertriebwerke und einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, eines Nachlassens der Steuerkräfte und einer Erschwerung der Beschaffung des eigenen Wasserbedarfs zu leiden hätten. Es ist vor allen anderen Wildbad, die Perle des Enztals, das Kleinod des Landes, mit seinem Heilhermen, welches um diese besorgt ist. Die Denkschrift fährt zwar Urteile von Sachverständigen an, die eine Beeinträchtigung der Thermen durch die Stauanlage als unbegründet erscheinen lassen. Die Gelehrten sind darüber jedoch nicht einig und wer will die Garantie dafür übernehmen, daß jede Möglichkeit einer Beeinträchtigung ausgeschlossen ist? Kann und will Stuttgart diese Garantie und Sicherstellung übernehmen?? Nach allem dem wird sich die Stadt Stuttgart doch sehr überlegen müssen, ob sie den von ihren Technikern vorgeschlagenen Weg betreten kann. K.

× Neuenbürg, 16. Juni. Auf den heutigen Tag hat der Gemeindeverband „Elektrizitätswerk für den Bezirk Calw“ die Vertreter der Gemeinden des unteren Amts, Arnbach, Birkenfeld, Conweiler, Feldennach, Grafenhausen, Ottenhausen und Schwann sowie von Dennach und Döbel zu einer Besprechung über den Anschluß an sein Unternehmen auf das hiesige Rathaus eingeladen. Von Seiten des Gemeindeverbands waren anwesend Regierungsrat Böller, Calw und Stadtschultheiß Müller von Neubulach, sodann der Techniker des Verbands, Ingenieur Wahlström von Stuttgart und Bauinspektor Schaaf von Stuttgart. Den Verhandlungen wohnte auch der hiesige Oberamtsvorstand, Oberamtmann Hornung, an. Die genannten Gemeinden waren bisher zu einem eigenen Verband, Elektrizitätswerk Epachtal, vereinigt. Die in Aussicht genommene Erstellung dieses Werks durch die K. Forstverwaltung aus Anlaß der geplanten Erstellung einer Waldbahn im Epachtal ist mit der Aufgabe dieses Unternehmens hinfällig geworden. In der heutigen Verhandlung wurde den Vertretern der Gemeinden das Gutachten des Prof. Weßfemmer von der technischen Hochschule Stuttgart über das Calwer Unternehmen sowohl nach der technischen Seite wie nach der Rentabilitätsberechnung durchaus günstig beurteilt und wird die Ausführung im wesentlichen in der vorgesehene Weise empfohlen. Ueber die von den Gemeindevertretern gestellten Anfragen und Wünsche wurde denselben von Seiten des Gemeindeverbands befriedigende Auskunft erteilt. Insbesondere wurde von Ingenieur Wahlström unter Hinweis auf der anderwärts (Herrenberg etc.) gemachten Erfahrungen nachdrücklich versichert, daß eine Erhöhung des Strompreises von 45 bezw. 20 Pfg. pro Kilowattstunde nicht in Aussicht zu nehmen sei. Nach dem Ergebnis der Besprechung darf ein Anschluß der genannten Gemeinden erwartet werden.

× Herrenalb, 17. Juni. Das Medizinalkollegium hat die Befugnis zur Errichtung und zum Betrieb einer selbständigen Apotheke an Stelle der infolge Verzichtes des Apothekers Vogenhardt in Neuenbürg eingehenden Zweigapotheke in Herrenalb dem derzeitigen Verwalter der letzteren, Apotheker Wilhelm Tränkle, übertragen.

Brözingen, 16. Juni. Heute vormittag 11 Uhr wurde ein 60 Jahre alter Tagelöhner von hier in einer Hütte erhängt aufgefunden. In seinem Stiefel steckte ein Terzerol, mit dem er sich vorher einen Schuß in die Schläfe beigebracht hatte,

der aber seinen Zweck nicht erfüllte. Ueber den Grund der Tat ist nichts näheres bekannt.

## Letzte Nachrichten u. Telegramme

Berlin, 17. Juni. Reichstag. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr. Am Bundesratsstische sind erschienen: die Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg, Sydow und Dernburg, sowie die Minister Rheinbaben, v. Einem und Delbrück. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über die Erbschaftsteuervorlagen. An der Debatte beteiligen sich: Graf Westarp (kons.), Singer (Soz.), Spahn (Ztr.), Finanzminister v. Rheinbaben, Fürst Hatzfeld (Rp.) und Dziembowky (Pole). Weiterberatung Freitag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Berlin, 17. Juni. Die Konservativen und das Zentrum halten an der Kotierungssteuer fest. Sie sind nur bereit, gewisse, das Ausland berücksichtigenden Erleichterungen zuzustimmen. Damit die Finanzreform nicht ohne Kotierungssteuer zustande komme, wollen die Konservativen und das Zentrum für die Finanzreform ein Mantelgesetz schaffen, um darin die Annahme der Kotierungssteuer ausdrücklich zu sichern. Für den Fall, daß die verbündeten Regierungen sich mit der Kotierungssteuer in der veränderten Form einverstanden erklären, dürfte bei den Konservativen wie beim Zentrum die Neigung wachsen, für die Erbanfallsteuer zu stimmen.

Wien, 17. Juni. Die Mittagszeitung schreibt bei der Besprechung der Rede Bülow's: Man wird nach dieser Rede überall in Stadt und Land garantieren müssen, seine Ansichten über den Liberalismus zu revidieren. Niemals sei früher dem deutschen Liberalismus die Regierungsfähigkeit zugesprochen worden. Die Tage des Fürsten Bülow als deutscher Reichskanzler seien gezählt. Dem neuen Propheten des deutschen Liberalismus bleibe der Dank der liberalen Mitwelt.

Helsingfors, 17. Juni. Bei der Ankunft auf der „Hohenzollern“ wurde Kaiser Nikolaus mit der Kaiserhymne empfangen. Als Kaiser Wilhelm zum Gegenbesuch auf dem „Standart“ erschien, spielte die Musik die Wacht am Rhein.

Reval, 17. Juni. Der Besuch des Kaisers Nikolaus an Bord der „Hohenzollern“ dauerte eine halbe Stunde. Unmittelbar nachdem Kaiser Nikolaus an Bord des „Standart“ zurückgekehrt war, erwiderte Kaiser Wilhelm den Besuch.

Reval, 17. Juni. Die Fahrt von Danzig nach Björkö fand bei schönem lähltem Wetter statt. Der Kaiser nahm die Vorträge des Staatssekretärs v. Schön und der drei Kabinettschefs entgegen. Bei dem Besuch auf der Kaiserjacht „Standart“ war der Kaiser begleitet von dem Staatssekretär Freiherrn v. Schön, dem deutschen Botschafter in St. Petersburg, Grafen Pourtales, dem Oberhofmarschall Grafen Eulenburg, dem Generaloberst v. Plessen, den drei Kabinettschefs, den Kommandanten der deutschen Schiffe und dem übrigen Gefolge. Der Kaiser wurde auf dem „Standart“ vom Kaiser Nikolaus, der Kaiserin Alexandra und dem Gefolge, unter dem sich Ministerpräsident Stolypin, der Minister des Aeußern Iswolsky und der Marineminister Wojewodsky befanden, begrüßt. Die erste Begrüßung der Monarchen auf der „Hohenzollern“ war überaus herzlich. Sie lästten einander lebhaft.

Reval, 17. Juni. Um 1 Uhr war Frühstück auf dem „Standart“. Der Kaiser verweilte auf dem „Standart“ bis 5 Uhr 30 Min. nachmittags und nahm dort auch den Tee. Der Kaiser von Rußland hat den Grafen Eulenburg und den Generaloberst v. Plessen durch Ueberreichung kostbarer Geschenke ausgezeichnet und folgende Orden verliehen: Die Brillanten zum St. Alexander-Newsky-Orden dem Staatssekretär Frhrn. v. Schön und dem Generaladjutanten v. Scholl, den St. Anna-Orden 1. Kl. dem Chef des Marineministeriums, Vizemir v. Müller und dem Chef des Geh. Zivilkabinetts Erzelenz v. Valentini, den St. Stanislaus-Orden 1. Klasse dem Vertreter des Chefs des Militärkabinetts, General à la suite v. Dertgen.

Saloniki, 16. Juni. Nach einlaufenden Nachrichten aus Smyrna wurde der englische Vizekonsul in Aivali von einer Militärpatrouille angegriffen. Energischem Einschreiten des Sekretärs des griechischen Konsulats gelang es, den Vizekonsul vor weiteren Tötlichkeiten zu schützen. Das gesamte Konsulatkorps hat bei dem Gouverneur energischen Protest eingelegt.

Diezu zweites Blatt.

# Amtliche Bekanntmachungen und Privat-Anzeigen.

## A. Oberamt Neuenbürg. Bewerber-Aufruf.

Für das neue Bezirkskrankenhaus ist die Stelle eines **Maschinenwärters u. Hausdieners** zu vergeben mit dem Diensteintritt auf 1. August 1909. Als Belohnung ist vorbehaltlich der Festsetzung der Amtsversammlung (neben freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung) ein Jahresgehalt von 1000 M. ausgesetzt. Bewerber um die Stelle haben ihre Bewerbungen **längstens binnen 8 Tagen schriftlich** beim A. Oberamt einzureichen, wobei der Entwurf des Dienstvertrags und der dienstl. Anweisung eingesehen werden kann. Auswärtige Bewerber haben sich durch Arbeits-Prädisikats- und Vorstrafenzeugnisse auszuweisen. Den 15. Juni 1909.

Oberamtmann Hornung.

Neuenbürg.  
**Nächsten Dienstag, den 22. Juni ds. Js.,**  
vormittags 11 Uhr wird auf dem Rathaus öffentlich **verkauft:**

- a) Der **heurige Heugradertrag** der Wiesenparz. Nr. 623/2 im Reihgehalt von 70 a in Schnaizwiesen;
- b) der **heurige Heugras- u. Dehnd- Ertrag** der Wiese am Elektrizitätswerk B. Nr. 339/2 im Reihgehalt von 53 a;
- c) ebenso der **Abgang des Schulgartens.**

Den 16. Juni 1909. **Gemeinderat.**  
Vorstand **Stirn.**

## Würzbach. Brennholz-Verkauf.

Am **Montag den 21. ds. Mts.,**  
vormittags 10 Uhr  
verkauft die Gemeinde aus Walddistrikt Becherebene Abt. 2, Becherberg Abt. 2 u. 3, Zimmer Abt. 4, Klöberg Abt. 3 u. 4:  
**88 Nm. Prügel,**  
**317 „ Anbruch.**  
Den 14. Juni 1909.

Gemeinderat.

  
**Ansflug mit Damen**  
Sonntag, den 20. Juni  
zum Engelsbrander Aussichtsturm.  
Abmarsch Windhof um 2 Uhr.  
**H. Bozenhardt.**

Bei der  
**Gewerbebank Neuenbürg**  
eingetragene Genossenschaft mit  
unbeschränkter Haftung  
können

**Anlehen u. Spareinlagen**  
welche vom Tage der Einlage  
mit 4% verzinst werden, von  
Mitgliedern wie von Nicht-  
mitgliedern, angelegt werden.  
**Der Vorstand.**

Neuenbürg.  
Ca. 500-600 Liter  
**M o s t**  
sowie

**1,7 Peking-Landenten**  
hat zu verkaufen  
**Chr. Bacher.**

Neuenbürg.  
Ein Wurf 6 Wochen alte  
 **Leonberger**  
sind billig zu ver-  
kaufen.

**Schmidt & Großkopf,**  
Kranntweinbrennerei.

Zwei noch sehr gut erhaltene,  
größere  
**Eischränke**  
sind billig abzugeben.  
Neue Heilanstalt Schömberg.

## Forstamt Neuenbürg. Heugras- und Reifig- Verkauf.

Am Montag den 21. ds. Mts. kommt vormittags 8 Uhr das **Heugras** von den mittleren Eyachtalwiesen am Trösbachhof, vormittags 1/10 Uhr dasjenige von den unteren Eyachtalwiesen an der Kaiserhütte zum Verkauf. Um 10 Uhr wird gleichfalls an der Kaiserhütte der **unaufbereitete Schlagraum** von den Sommerschlägen in Abt. Hohris, Lindenberg, Dachsbad und Schablere, geschätzt zu 900 Wollen ausgeprägt, verkauft.

## Forstamt Neuenbürg. Wiederholter Reisprügel-Verkauf.

Wegen nicht rechtzeitig geleiteter Bezahlung kommen am Montag den 21. Juni, vormittags 1/11 Uhr an der Kaiserhütte aus Staatswald Büchert:  
4 Nm. Nadelholzprügel;  
aus Staatswald Büchert:  
5 Nm. Buchenreisprügel zum wiederholten Verkauf.

## R. Forstamt Liebenzell. Schichtderbholz-Verkauf

am Dienstag, 22. Juni 1909, nachmittags 2 1/2 Uhr im „Adler“ zu Liebenzell aus Staatswald Breithardt, Kaffeeberg, Dietersbachhalde, Worb. und Hint. Finkenberg, Fimbhag, Ronnenweg, Lannbrunnen und Scheidholz aus Hummelberg und der Hut Möttingen:  
Nm.: eichen: 13 Anbruch; buchen: 4 Prügel, 41 Anbruch; Nadelholz: 29 Scheiter, 41 Prügel, 152 Anbruch; ferner 10 Reisschläge aus Kaffeeberg und Hint. Finkenberg.

Beim Bezirksnotariat Neuenbürg ist für einen jungen **Mann** mit der erforderlichen Vorbildung eine

**Lehrstelle**  
offen.  
Bezirksnotar **Reuß.**

## Säger-Besuch.

Sofort oder in 14 Tagen kann bei mir ein **tüchtiger Säger** eintreten bei sehr hohem Lohn.  
Bei wem jagt die Exped. ds. Blattes.

## OberamtsSparkasse Neuenbürg,

gegründet 1858,  
unter Haftung der Amtskörperschaft,  
**m ü n d e l s i c h e r,**  
Einlagebestand 3800 000 M., Einlegerzahl 8500,  
Reservefond 170 000 M.,  
Girokonto bei der Württ. Notenbank in Stuttgart,  
**Postsparkonto Nr. 1604,**  
Fernsprecher Nr. 34.

**Enztal.**  
Wir erlauben uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zur

## Feier unserer Hochzeit

auf Samstag den 19. Juni 1909  
in unser Gasthaus zum „Hirsch“  
höflichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

**Karl Maß,**  
Sohn des Hirschwirts Maß in Enztal,  
**Katharine Frey,**  
Tochter des Christian Frey, Bauers in Grömbach.  
Kirchgang 1/12 Uhr in Enzelsörsle.

## Hermes Korinthensaft.



Dem Inhalt einer Kanne Hermes Korinthensaft werden 93 Liter Wasser zugegeben und man erhält 100 Liter gesundes, gutes Hausgetränk.

Mit der Entdeckung des

**Hermes Korinthensaft**

ist der vollkommenste, natürliche Mostansatz der Gegenwart gefunden worden, welcher auch den Vorschriften des neuen Deutschen Weingesetzes entspricht.

**Hermes Korinthensaft**

ist das edelste Produkt seiner Art, hinterlässt keinen Trester und keinen Satz in den Fässern, klärt sich von selbst und schnell.

**Hermes Korinthensaft**

enthält nur Bestandteile, welche auch den Extrakt der Naturweine ausmachen.

Zu haben in den Apotheken, Drogen- und Kolonialwarenhandlungen.

Wo nicht erhältlich, wende man sich direkt an den Generalvertreter:  
**Joh. Gottfr. Goppelt, Heilbronn.**

Neuenbürg.  
**Guten Most**  
verkauft  
**Karl Haist Witwe.**

**Ca. 80 000 Mark**  
sind in verschiedenen Posten von 2000 M. an per sofort und auf spätere Termine in guten **I. Hypotheken** anzuleihen. Gesuche mit amtlichen Schätzungsbekunden sind zu richten an die **Stuttg. Hypothekenagentur,** Stuttgart, Königsstr. Nr. 38 I.

Neuenbürg.  
Wegen Entbehrlichkeit setzen wir **1 Braunwallach** 11jährig, zu jedem Dienst tauglich, dem Verkauf aus.  
**E. Seeger & Comp.**

Ein tüchtiges  
**Mädchen,**  
welches Zimmer richten kann, und auch in der Küche Erfahrung besitzt, wird sofort für die Saison gesucht. Gehalt 30 M. monatl. gleichfalls Trinkgeld. Näheres **Tannenburg Herrenalb.** Zeugnisse nebst Bild erwünscht oder persönl. vorstellen.

## Kostenlos

Handtücher und andere anerkannt wertvolle Gegenstände bei Benützung von

### Flammers Seife nur eingewickelt

### Flammers Seifenpulver

als die besten für Wäsche u. Haus **millionenfach erprobt.**

